

Auf dem Weg in die Mitte? Rechtsextreme Strategien für die Gewinnung gesellschaftlicher Akzeptanz

Eine Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28.2.06 in Berlin
Tagungs-Zusammenfassung von Corinna Emundts

I. Rechtsextreme Strategien

Rechtsextremismus in Deutschland wird auf absehbare Zeit ein dauerhaftes Phänomen in der Gesellschaft bleiben. Rechtsextreme entwickeln langfristige Strategien, verändern und modifizieren sie. Sie sind unsichtbarer geworden, auf den ersten Blick. Dabei ist ihr Versuch, mehr in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen, bei genauer Beobachtung deutlich zu erkennen. „In dieser Absicht liegt die Gefahr“, sagt Dietmar Molthagen, Rechtsextremismus-Experte der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nicht alle Verhaltensweisen und Aktionen können jedoch als absichtlich und geplant im Sinne eines klassischen Strategie-Begriffes bezeichnet werden. Erst recht nicht vollzieht sich Rechtsextremismus in Deutschland zentral und von einer Hand geplant. Experten warnen vor einer Selbsteinschüchterung der Gesellschaft, die dazu neigt, solche Gefahren von Rechts zu überschätzen und darauf vor lauter Angst nicht zu reagieren. Aber gerade durch ein vielfach ungeplantes Nebeneinander rechtsextremer Strategien kann es Politik und Zivilgesellschaft gelingen, das Phänomen Rechtsextremismus vor weiterer Expansion zu bewahren und im Griff zu behalten - dies hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt. Punktuelle Sonderprogramme reichten dafür jedoch nicht aus. Dies wurde auf der Tagung der Ebert-Stiftung „Auf dem Weg in die Mitte? Rechtsextreme Strategien für die Gewinnung gesellschaftlicher Akzeptanz“ deutlich.

1. Trends

1.1. Pluralität der Akteure

„Es gibt in der rechtsextremen Szene auf verschiedenen Ebenen des politischen Handelns strategisch handlungsfähige Akteure, die mit populistischen Parolen politische Räume besetzen und gesellschaftliche Akzeptanz anstreben,“ resümiert der Politologe Roland Roth. Darüber hinaus existierten weiterhin kleinere Gruppen und Einzelakteure, die ihre Ideologien eher situativ und gewalttätig ausleben, ohne sich in Strategien einbinden zu lassen. Neuerdings distanzieren sich organisierte Rechtsextreme sogar öffentlich von solchen Gewaltakten, ohne jedoch die zu den Gewaltakten gehörenden Denkmuster zu verteufeln – auch das eine Strategie, um sich der bürgerlichen, Gewalt-ablehnenden Mitte anzunähern.

1.2. Eroberung des öffentlichen Raumes

Man nutzt inzwischen bewusst demokratische Foren als politische Bühne, dabei wird gewalttätiger Rassismus strategisch verleugnet. Neonazis betreiben Selbstumdeutung hin zum guten, deutschen Bürger, der von anderen als „Nazi“ verunglimpft werde („Sie sagen Nazis und meinen Deutsche“). Die Strategie der Verkehrung zeichnet sich auch im Kleidungsverhalten ab, das inzwischen bis zur Mimikry reicht, wie Bianca Klose ausführt. Die Leiterin der Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus in Berlin beobachtet bei jungen rechtsextremen zunehmend von der linken Szene übernommene Kleidungsmerkmale wie T-Shirts mit Che-Guevara-Aufdruck oder so genannte Palästinenser-Tücher. Dies soll

bewusst verwirren. Als Reaktion auf Stigmatisierung und Ausgrenzung nehmen die Insignien der rechten Szene der neunziger Jahre – Glatze und Springerstiefel – immer mehr ab zugunsten von Details der Kleidung, die oftmals nur noch innerhalb der Szene als Erkennungsmerkmale entschlüsselt werden können. Aber auch Allerweltsklamotten wie Baseball-Kappen sind nun in der rechtsextremen Szene angesagt.

Ganz im Gegensatz zu der beobachtbaren Normalisierungstendenz und verbalen Distanzierung von Gewalt stehen aktuelle steigende Zahlen rechtsextremer Gewalttaten. Der sächsische Verfassungsschutzbericht verzeichnet einen Anstieg von 905 auf 2239 rechtsextremer Straftaten und von 63 auf 93 rechtsextremer Gewaltdelikte innerhalb eines Jahres. Roland Roth schließt daraus, „dass Parlamentserfolge keineswegs zu einer Zivilisierung der rechten Szene führen müssen“.

1.3. Gegenwelten

Gerade in Gegenden, in denen Kommunen an Angeboten für Jugendliche sparen, nutzen Rechtsextreme das entstehende Vakuum, um mit Freizeiten, Jugendclubs und Kameradschaften das Bedürfnis vieler Jugendlicher nach Gemeinschaft zu befriedigen. Bianca Klose beobachtet in Berlin-Treptow das Entstehen einer regelrechten Angebotspalette rechtsextremer Erlebniswelten, die als solche nicht gleich zu erkennen sind: Tattoo-Studios, Kneipen und Szene-Läden. Der Politologe Heinz Lynen von Berg weist darauf hin, dass es sich hierbei um ein strukturelles, beständiges Problem handelt: „Für freie Jugendarbeit ist immer weniger Geld da, dagegen entstehen attraktive Programme der jungen Neonazis.“

2. Das Beispiel Pömmelte

Anhand des Auftretens von Neonazis in einer Gemeinderunde nach einem Misshandlungsfall im Ort Pömmelte (Sachsen-Anhalt) lassen sich laut Roland Roth diese neuen Trends und Strategien aufzeigen: Die Gemeinde Pömmelte hatte Verantwortliche der Stadtverwaltung, Kirchenvertreter, Experten und Repräsentanten der Zivilgesellschaft zu einem nicht-presseöffentlichen Runden Tisch eingeladen, um Konsequenzen aus einer rechtsextremen Straftat im Ort zu ziehen.

Dabei handelte es sich um den durch die Medien bekannt gewordenen Fall einer brutalen Misshandlung eines 12jährigen äthiopisch-deutschen Jungen an einer Bushaltestelle des Ortes im Januar 2006 durch fünf Neonazis im Alter von 16 und 19 Jahren, die ihre Tat auch noch filmisch dokumentierten. Die rechtsextremen Täter waren zuvor mehrfach wegen Gewalttaten aufgefallen und sind einschlägig vorbestraft.

Bei dem daraufhin einberufenen Runden Tisch der Gemeinde kamen zwei häufig auftretende Phänomene zu Tage: Der Versuch der Politik rechtsextreme Strukturen zu ignorieren oder zu verleugnen sowie der Versuch seitens organisierter Rechtsextremer, unentdeckt solche Bürgerforen für ihre Zwecke zu nutzen.

An der Versammlung war auffällig, dass sich der Bürgermeister gegen die Information, es gebe regelmäßig Treffen von Rechtsextremen in seinem Ort, meinte wehren zu müssen und die Diskussion auf die Frage lenkte, wie der öffentliche Jugendclub wieder eröffnet werden könnte. Der Misshandlung vorangegangene, von der Bevölkerung tolerierte Pöbeleien gegen das Opfer werden nicht weiter besprochen. Fünf unauffällig gekleidete Mitzwanziger baten um Teilnahme, indem sie sich als „Jugendinitiative gegen Jugendgewalt“ vorstellten, wurden jedoch vom Runden Tisch als Mitglieder der rechtsextremen Kameradschaft „Festung Magdeburg“ erkannt und von der Veranstaltung ausgeschlossen, jedoch ohne Begründung. Vor den Journalisten entrollten die Neonazis ein Transparent mit den Worten „Pömmelte – diese Schweinerei schiebt ihr uns nicht in die Schuhe“.

Typisch an diesem Vorfall und der so genannten Wortergreifungsstrategie Rechtsextremer: Ein handlungsfähiger strategisch orientierter Akteur versucht mit Blick auf bevorstehende Landtagswahlen die Chancen der rechtsextremen DVU zu wahren, indem er sich von Gewaltdelikten distanziert, nicht aber vom rassistischen Kern der Tat.

Die eigene Gewaltbereitschaft mutiert zur Ordnungsliebe: Im Gegensatz zu den rassistischen Ausschreitungen der Zeit nach der Wende in der ersten Hälfte der neunziger Jahre treten Neonazis nun bewusst als vermeintliche Ordnungshüter auf, in Zivilklamotten. Sie bieten ihre Ordnungsdienste an Schulen an, häufig bleibt von der Schulleitung unbemerkt, dass es sich hierbei um politisch motivierte Akteure handelt.

3. Strategiefähigkeit/ Strategien

Roth hält die Strategiefähigkeit der rechtsextremen Szene aufgrund ihrer Heterogenität für äußerst begrenzt. Es besteht ein Nebeneinander von Jugendkulturen, Kameradschaften, rechtsnationalen Intellektuellen und politischen Parteien, das keineswegs von einer Schaltzentrale aus gesteuert wird – daher scheint die von der Szene ausgehende Gefahr beherrschbar und begrenzt zu sein: „Gegenstrategien sind nicht nur möglich, sondern werden auch praktiziert.“ Es besteht eine ganz andere Gefahr: Die der Überinterpretation einzelner Phänomene wie der „National befreiten Zonen“ – was ganz im Sinne der Rechtsextremen wäre. Aus geschicktem und unerwartetem Verhalten einzelner Akteure wird häufig fälschlicherweise auf eine konsistente Strategie geschlossen, mit der fatalen Folge der Selbsteinschüchterung, wie sie in Kommunen häufig zu beobachten ist.

Zu den Strategien zählt auch die publizistische Einmischung von rechts in gesellschaftliche Großdebatten über Demografie, Zuwanderung oder Globalisierung. Man hofft, in den vermuteten Kampf der Kulturen mit einsteigen zu können. Doch auch hier lässt sich letztlich keine kohärente, inhaltliche Vision einer anderen Gesellschaftsform erkennen. „Konzeptionell ist das Ganze völlig leer; es gibt keine plausiblen Antworten auf die großen gesellschaftlichen Fragen“, sagt Roth. Nicht vergleichbar ist dieser eher substanzlose Gebrauch rassistischer, deutschnationaler Vokabeln mit den Visionen der Nationalsozialisten in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als sie mit ihrer Ideologie der Großraumwirtschaft den Nerv der Zeit und in der Wissenschaft auf ein ihnen entsprechendes hoffähiges Rassedenken trafen. Mit der Strategie des Legalismus versuchen organisierte Rechtsextreme, rechtliche Möglichkeiten für das öffentliche Auftreten zu nutzen – weit über die Anmeldung von Demonstrationen hinaus. Die NPD berät lokale Akteure und organisiert Bürgerbegehren und treibt damit zuweilen Bürgermeister kleiner Orte in die Verzweiflung.

Im sächsischen Reinhardtsdorf-Schöna wäre dies der NPD fast gelungen: Der Kreisverband Sächsische Schweiz hatte Anfang des Jahres einen Erfolg mit einem von ihm initiierten Bürgerentscheid gegen eine Eingemeindung nach Bad Schandau erzielt. Diese hätte die Chancen der NPD auf das Bürgermeisteramt erheblich reduziert. Jedoch verstrich schließlich die Anmeldefrist für Kandidaturen zur Bürgermeisterwahl im April 2006, ohne dass die rechtsextreme Partei einen eigenen Bewerber für das Amt nominierte.

II. Rahmenbedingungen

1. Zivilgesellschaft und Politik

„Die Politik kann auf die Hilfe der Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht verzichten,“ betont der SPD-Abgeordnete Wolfgang Gunkel, der sich in seinem Wahlkreis in Sachsen häufig mit Rechtsextremen konfrontiert sieht. Die NPD erzielte in dem Bereich östlich von Dresden bei den Landkreiswahlen zwischen 12 und 18 Prozent und bei der Bundestagswahl bis zu 9 Prozent der Stimmen. Als Politiker komme man nicht so nahe an die Menschen heran, räumt Gunkel ein. Andererseits stellt er immer wieder eine latente Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung fest, ein Potenzial für Rechtsextreme, dass diese vor Ort zu nutzen wüssten. Deutlich wird in den Ausführungen des Politikers, wie stark der Zusammenhang zwischen persönlich erlebter Perspektivlosigkeit in einem strukturschwachen Gebiet, dem Fehlen einer gewachsenen Zivilgesellschaft und der Offenheit gegenüber rechtsextremistischen Parolen ist. Auch wenn Rechtsextremismus keinesfalls als Spezialproblem Ostdeutschlands wahrgenommen werden darf: In einer Gegend mit der

höchsten Arbeitslosenquote Deutschlands (um die 25 Prozent), in der bereits im Elternhaus der Grundstoff zur Unzufriedenheit gelehrt und ständig die Rückkehr zur DDR gefordert wird, haben es die Kameradschaften offenbar besonders leicht, Gefolgschaft zu finden. Für die Politik vor Ort stellt sich immer wieder die Frage, ob man Rechtsextreme von öffentlichen Debatten ausschließt – hier wird ein großes Dilemma deutlich. Eine Gruppe, die teilweise von einem Viertel der erwachsenen Bevölkerung unterstützt wird auszuschließen, erscheint keinem sinnvoll. Andererseits fehle es an politischen Reaktionsmöglichkeiten, sobald die Argumente populistisch werden. „Ich würde mich dem zwar stellen, aber nicht mit Begeisterung“, gesteht Gunkel ein. Das Argument, die Ausländer nähmen Arbeitsplätze weg, sei zwar noch leicht zu entkräften in einer Region ohne Ausländer. „Aber, wenn es um die hohe Arbeitslosigkeit geht – wie will man als seriöser Politiker anders antworten als zu sagen, dass sich dieses Problem nicht so schnell lösen lässt?“

2. Bildungs- und Wertefragen

Zu den sozio-ökonomischen Lebensbedingungen, die den Boden für Rechtsextremismus bereiten können, kommen gewachsene Mentalitäten hinzu. Darauf weist Heilgard Asmus hin, die als Generalsuperintendentin der Evangelischen Landeskirche im Sprengel Cottbus, die täglich Menschen erlebt, welche durch den Abbau von Arbeitsplätzen Abwertungserfahrungen durchmachen. Eigene Wertlosigkeit versuche man mit Diskriminierung des Nächsten zu begegnen. Sie plädiert für eine andere Wertekultur. „Wir brauchen eine Kultur der Anerkennung, wenn Verachtung des Anderen zum Wert wird“. Übereinstimmend betonen die Experten der Rechtsextremismus-Tagung die Bedeutung der Schule bei der Vermittlung solcher Werte, die man Familien in prekären Lebenssituationen nicht allein überlassen kann. Dies gelte ebenso für Betriebe und Kindertagesstätten. „Erlebbar machen, dass gemeinsam etwas erreicht werden kann, dass Partizipation Sinn macht“ könne Aufgabe der betrieblichen Ausbildung sein, sagt Ringo Bischoff, Jugendexperte beim Verdi-Bundesvorstand. Hier seien die Tarifverträge ausbaufähig, in die Ausbildungsrichtlinien könnten beispielsweise solche regelmäßigen Themennachmittage festgeschrieben werden. Offensichtlich fehlt der Gesellschaft ganz allgemein eine Schule der Aufmerksamkeit gegenüber stillen Vorboten rechtsextremer Tendenzen. Heilgard Asmus beobachte eine regelrechte etablierte Symbolik im Alltag, die selbstverständlich hingenommen wird: Hakenkreuze in Autoscheiben und Schaufenstern. „Erst auf strafrechtlich relevantes Verhalten werde reagiert, dabei ist die Grundfrage, wie wir mehr agieren können.“ Hier komme den gesellschaftlichen Eliten die Aufgabe zu, sich nicht als ökonomische, sondern als Verantwortungselite zu sehen.

III. Gegenstrategien

Sehr eindeutig lässt sich beim Umgang mit dem Rechtsextremismus erkennen, wie wirksame Gegenstrategien entwickelt werden können. Hier haben sich in den vergangenen Jahren im Rahmen der Bundesprogramme Civitas, Entimon und Xenos erfolgreiche Instrumente gebildet, wie zum Beispiel mobile Beratungsteams. Die soziale Bearbeitung des Phänomens hat sich weg von der Konzentration auf die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen (Konzept der 1990er Jahre) hin zur Stärkung der Zivilgesellschaft entwickelt.

Bianca Klose, die Leiterin der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin, weist auf, dass dazu schon einfache Mittel reichen: In Treptow werden Handzettel an Bürger verteilt – eine Art Zehn-Punkte-Plan – mit niedrig schwelligen Handlungsanleitungen, was zu tun ist, wenn man Zeuge eines rechtsextremen Übergriffen wird.

Die Grundvoraussetzung für wirksame Gegenstrategien scheint eine Kommunalverwaltung zu sein, die vor Rechtsextremismus im eigenen Bezirk nicht die Augen verschließt, sondern offen damit umgeht. Treptow-Köpenick versucht offensiv, sich öffentliche Räume, die von rechtsextremen besetzt werden und so zu „Angst-Räumen“ (Klose) wurden, wieder

zurückzuerobern. Man organisierte die Umgestaltung der Fußgängerunterführung an einer S-Bahn-Station. Der Bezirksbürgermeister fordert die Bewohner aktiv dazu auf, sich weiter gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Dabei helfen kurze Kommunikationswege zwischen Politik und Zivilgesellschaft: Über Pressemitteilungen etwa gelingt es der Kommunalverwaltung, regelmäßig Aufmerksamkeit in den Medien und Zeitungstitel zum Thema zu erzeugen.

Eine solche Aufmerksamkeitsstrategie seitens der Kommune ist jedoch eher noch die Ausnahme. Die ehemalige Polizeipräsidentin Uta Leichsenring stellt regelmäßig fest, dass gerade die Kommunen selbst das Problem bilden: Zunächst durch mangelnde Sensibilität, das Problem zu erkennen und zu benennen. „Kommunalpolitiker müssen zum Teil noch von verantwortungsbewussten Bürgern zum Handeln getragen werden“. Die Thematisierung des Problems in den Medien werde zu oft als Nestbeschmutzung empfunden. Leichsenring kommt zu dem Schluss, dass es einer Doppelstruktur bedarf, um Rechtsextremismus wirksam zu begegnen: „Es bedarf institutioneller und zivilgesellschaftlicher Strukturen und Netzwerke.“ Heinz Lynen von Berg, der das Civitas-Programm wissenschaftlich begleitet, verstärkt dieses Argument: „Der Staat kann Zivilgesellschaft nicht steuern“. Projektorientierte Sonderprogramme können lediglich kurzfristige Erfolge bringen, die jedoch zur Rechtsextremismus-Bekämpfung nicht ausreichen. Wenn Regelstrukturen nicht funktionierten, sei eine langfristige Wirkung nicht möglich.

„Wir müssen von der Vorstellung Abschied nehmen, dass man Rechtsextremismus aus der Welt bekommt, wenn man sich nur lang genug engagiert.“- Lynen von Berg definiert ihn als systemimmanentes Strukturproblem moderner Gesellschaften: „Es ist eine Bearbeitungsform des Strukturwandels.“ Daraus schließt der Politologe, dass gerade die dauerhafte Regelarbeit in Schulen, Vorschulen, mit Jugendlichen und Eltern gestärkt werden muss. Sonderprogramme erreichten weitgehend demokratisch orientierte Jugendliche, aber es fehle daran, Mitläufer zu erreichen und jene, die gefährdet sind, tatsächlich abzuweichen.

Dabei handelt es sich nicht nur um ein Finanzierungsproblem, sondern eines der richtigen Herangehensweise der etablierten Politik an das Phänomen. Indem man es als Problem der gesellschaftlichen Ränder definiere, verhindere man die Reflektion der Mitte. „Doch gerade da herrscht ein Mangel an normativer Standfestigkeit“, sagt Roland Roth: „Wir müssen uns weniger vor der Strategie der Rechtsextremen schützen als vor der Schwäche der politischen Mitte.“

Corinna Emundts ist politische Journalistin in Berlin